Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Witzblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus und Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. Exped. d. Ztg. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6.30 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., vierteljährlich 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 3 M., fürs Inland 3.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10181-10143, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 106; Potsdamer Str. 38; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Prinzenstr. 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 14; Hufelandstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 34; Schulzendorfer Str. 27; Kaiserstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 7; Kantstr. 54; Scharnhorststr. 39; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewaldstr. 64; Hohenzollernplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichtenberg-West: Fanlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Borsholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 29/34; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstraße 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstraße 5; Potsdam: Brandenburger Straße 23; Spandau: Breite Straße 47.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 606
42. Jahrgang

Sonnabend
29. November 1913

Lloyd George und die englischen Landarbeiter.

Von (Nachdruck verboten.)

Professor Hermann Levy (Heidelberg).

Der Bericht des Landenquetenausschusses, auf dessen soeben erschienenem ersten Bande Lloyd George das Programm seiner Landkampagne aufgebaut hat, verdient eine Beachtung, die weit über die sonstige Bedeutung einer solchen Veröffentlichung hinausgeht.

Er behandelt in seinem ersten Teile die Landarbeiterfrage. In dem Maße, wie heute die Landflucht in allen Kulturländern eine immer wachsende Bedeutung aufweist, sind auch für Länder, deren Landwirtschaft nicht immer die eigenartigen Verhältnisse des britischen Agrarlebens aufweist, die Resultate dieser Untersuchungen von hohem Interesse.

In unserem eigenen Lande wie in England hat man von gewisser Seite immer wieder zu behaupten gewagt, daß die neuzeitlichen landwirtschaftlichen Depressionen die Ursache der großen Abwanderungen seien. Sehr zu unrecht. Denn alle Länder weisen die Landflucht auf, selbst solche mit so hoher agrarischer Blüte wie die Vereinigten Staaten. Zudem hat seit dem Ende der neunziger Jahre die Agrarkrisis in den westeuropäischen Ländern nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern sie hat einem allmählichen Wiedererwachen landwirtschaftlicher Prosperität Raum gegeben, wenn dieselbe auch in Deutschland von den agrarischen Interessenten naturgemäß geleugnet oder verkleinert wird. Zur Zeit der englischen Getreidezölle erreichte das Elend der Landarbeiter einen Höhepunkt (1815 bis 1846). Die dann folgende Zeit des Freihandels brachte sinkende Brotpreise, steigende Löhne und günstigere Abwanderungsmöglichkeiten durch die vorteilhafte Lage der Industrie. Die Lage der Landarbeiter besserte sich, aber eine Gesundung trat nicht ein. Weder Schutzzoll noch Freihandel, weder Depression noch Aufschwung haben die ländliche Arbeiterfrage einschneidend nach der günstigen oder ungünstigen Seite hin beeinflußt; niemand wird ihre Bedeutung für dieses Problem deshalb leugnen wollen, aber man wird der Entwickelung der rein ökonomischen Fragen in diesem Zusammenhang eine sekundäre Bedeutung beizumessen haben, und es ist gut, wenn sich deutsche Freihändler dessen bewußt bleiben und sich die Erfahrung Englands vor Augen halten: daß die Schutzzölle wohl die Situation des Landarbeiters verschärfen mögen, aber daß der Kernpunkt des Landarbeiterproblems zunächst nicht in den Fragen der landwirtschaftlichen Absatzverhältnisse liegt, sondern in den Problemen des Grundeigentums und seiner Verteilung. Das ist es, was den umfangreichen Bericht der Landkommission so bedeutungsvoll in prinzipieller Beziehung macht.

In der Tat: das Elend des englischen Landarbeiterstandes beginnt nicht etwa in der Zeit des Niederganges der englischen Landwirtschaft. Es beginnt in der Epoche des größten Aufschwungs, den die englische Landwirtschaft je erlebt hat, zur Zeit der großen Einhegungen des 18. und 19. Jahrhunderts, als die kleine Scholle des unbemittelteren Kleinbauern, Kleinpächters und landbesitzenden Tagelöhners dem landwirtschaftlichen Großbetriebe, der Bodenbegierde großer Adliger und kaufmännischer Landparvenus weichen mußte. Die Wirkungen dieser Einhegungen waren in England noch weit betrüblicher für den kleinen Landmann, als die mit den „Agrarreformen" deutscher Gebiete verbundenen Schädigungen des Bauernstandes. So schwach und unzureichend der „Bauernschutz" in Preußen gewesen ist, in England gab es einen solchen überhaupt nicht. Alles blieb dem Spiel freiwirkender kapitalistischer Kräfte überlassen. Die Wirkung war, wie schon Professor Hasbach gezeigt hat, die Entstehung des besitzlosen ländlichen Arbeiterproletariats, wie es heute noch in England die Regel ist.

Es ist unzweifelhaft, daß sich die Lage der englischen Landarbeiter seit der Zeit der großen Einhegungen und der Getreidezölle gebessert hat. Jedoch sind seit der erneuten Steigerung der Lebensmittelpreise die ländlichen Löhne, wie der Landbericht zeigt, nicht entsprechend dieser Steigerung gestiegen, so daß das Budget des Arbeiters wiederum eine Einengung erfahren mußte. Während die Lohnhöhe des Jahres 1912 zu der des Jahres 1900 sich verhielt wie 104,9 zu 100, hat im gleichen Zeitraum eine Steigerung der Detailpreise der wichtigsten Nahrungsmittel von 100 auf 116,3 stattgefunden! Zieht man die Nebeneinnahmen des Landarbeiters mit in Rechnung, so würden etwa 60 Prozent aller englischen Landarbeiter heute geringere Sachlöhne beziehen als früher.

Der Bericht hat nun die Bodenrente in England und Wales zu berechnen versucht, um sie mit den Einnahmen der Arbeiter zu vergleichen. Die Rentorente des landwirtschaftlich benutzten Bodens (also ohne Sportland usw.) wird mit 24½ Millionen Pfund berechnet, die Gesamteinnahmen der Landarbeiter mit 19 Millionen. Ein genügender Beweis dafür, daß die englischen Großgrundbesitzer, die sich so gern als unglückliche Opfer der direkten Besteuerung hinstellen, über die Verteilung von „Kapital und Arbeit" lieber schweigen sollten. Der Bericht strebt auf Grund dieser Ziffern eine „gerechtere" Verteilung an, und Lloyd George hat ja bereits in seinen Reden das Mittel hierfür, einen Minimallohn, der höher ist als der bisherige Durchschnitt, angekündigt. Eine Erhöhung des Durchschnittslohnes um 4 sh. 6 d. in der Woche würde die Diskrepanz zwischen den oben genannten Ziffern gerade etwa begleichen.

Einsichtige Beobachter des ländlichen Lebens haben nun freilich schon oft hervorgehoben, daß es in England wie anderwärtig nicht ausschließlich, ja häufig keineswegs in erster Linie die Lohnfrage ist, die den Landarbeiter in die Stadt treibt. Es handelt sich vielmehr in einer sehr großen Zahl von Fällen um Lebensbedingungen, die hiermit nichts zu tun haben; auch in dieser Beziehung ist der Landbericht lehrreich. Vor allem beleuchtet er die Wohnungsverhältnisse des platten Landes und deckt dabei ungeheuerliche Zustände auf. Eine große Anzahl der von dem Ausschuß untersuchten „cottages" (Katen) ist nach dessen Ansicht unbrauchbar für menschliche Behausung, manche ähneln Ställen (und sind in der Tat umgewandelte Ställe eingezogener Kleinwirtschaften), andere sind überbesetzt mit Bewohnern, Kinder und Erwachsene beiderlei Geschlechts müssen in denselben überfüllten Behausungen schlafen, in denen Krankheit und Unmoral ihren Einzug halten. Dazu ein Mangel an Wohnhäusern überhaupt. Dieser wiederum führt dazu, daß der Landarbeiter einen weiten Weg (oft drei bis vier englische Meilen) bis zu seiner Arbeitsstätte hat. Das Elend, welches entstehen würde, wenn man entsprechend den vorhandenen Gesetzen (das letzte vom Jahre 1909) die unsanitären Gebäude schlösse oder niederrisse, hat vielfach die Lokalbehörden veranlaßt, von der drakonischen Durchführung der notwendigen Maßnahmen abzusehen. Etwa 120 000 neue Cottages werden benötigt, wenn das Wohnungselend einigermaßen gefindert werden soll. Es soll nunmehr ein Gesetz ausgearbeitet werden, welches dem Landarbeiter das „Recht auf eine Wohnung" sichert, und die Ausführung desselben einer Zentralbehörde und nicht mehr den Kommunen unterliegen.

Neben der Wohnungsfrage aber steht ein zweites Problem, welches außerhalb des Kreises der reinen Lohnverhältnisse ständig die Abwanderung beschleunigt: es ist ein rein soziales Problem; die Unmöglichkeit des sozialen Aufstiegs für die ländlichen Arbeiterkreise. Auch dem städtischen Proletariat fehlt diese Möglichkeit. Aber sie wirkt nicht so einschneidend auf die Arbeiterpsyche. Die Oedigkeit des Landes, verbunden mit langen Arbeitsstunden (bis zu zwölf Stunden am Tag, in der Regel zehn bis zehneinhalb), dem Fehlen der Ferien, der Unmöglichkeit (besonders bei denen, die mit Tieren umzugehen haben), auf ein sauberes Aussehen nach der Arbeit zu halten, all diese Umstände sind Nachteile des Landlebens gegenüber der Fabrikbeschäftigung, die, wie der Bericht mit Recht einmal sagt, die beste „Landluft" nicht zu kompensieren vermag. Um so wichtiger wäre es, dem Landarbeiter den Aufstieg in die landbesitzende oder zumindest selbständige Kleinpächterklasse zu sichern, ihm mit dieser Möglichkeit einen Ersatz zu geben für das, was heute das Landleben ihm an Kulturgütern verweigert, einen Ersatz, der plötzlich die Vorzüge der Abwanderung in ein anderes Licht für ihn rücken könnte und ihn vielleicht dem Lande erhielte. Hiervon und den neuen Reformen handelt der zweite Teil des ersten Bandes, auf dessen Inhalt wir hier nicht eingehen können.

Was der erste Teil des Berichtes verlangt, muß seiner Auffassung nach durchgeführt werden, ganz gleichgültig, ob in Zukunft diese oder jene Entwicklung einsetzt, von der man bisher alles Heil erwartete. Es mag sich die Lage der englischen Landwirtschaft noch weiter bessern. Es mag die verunglückte Gewerkvereinsbewegung wieder aufleben. Es mögen mehr Kleingüter geschaffen werden. Das alles wird dem Landarbeiter nützen. Aber das alles kann jetzt nicht von der Hauptaufgabe ablenken, die Löhne zu erhöhen und die Wohnungen zu verbessern und zu vermehren. Mit dieser Klarheit und Exaktheit des Programms erhebt sich die Landpolitik Lloyd Georges über alle bisher dagewesenen Mittel, die zumeist in Vorschlägen einer indirekten Abhilfe oder in experimentellen Reformen wurzelten, und über denen das tatsächliche Uebel, das sofortige Abhilfe verlangt, vergessen wurde.

Während die englischen Konservativen immer wieder in die zunächst rein theoretische Meinungsverschiedenheit drängen, ob es besser sei, kleine Pächter oder kleine Bauern zu schaffen — eine Diskussion, die zunächst nur der Verschleppung des Landproblems gedient hat —, hat der englische Liberalismus ein konstruktives Landprogramm fertiggestellt. Er hat gezeigt, daß das Landproblem in England in erster Linie ein Problem des Bodenmonopols der Großgrundbesitzer ist, daß man nicht mit indirekten Maßnahmen, wie nützlich diese daneben sein mögen, wie etwa der inneren Kolonisation, der Bildung von Genossenschaften, der besseren Organisation des Absatzes und der damit verbundenen Hebung landwirtschaftlicher Prosperität, dem eigentlichen Uebel zuleibe gehen kann, daß man vielmehr auf staatlichem Wege das Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Landwirtschaft korrigieren muß.

Jeder Deutsche, welcher den Bericht des englischen Landausschusses liest, wird, wenn er überhaupt empfindsam in dieser Hinsicht ist, mit einem Gefühl schlechten Gewissens an unsere eigenen Landarbeiter denken. Mag es einem Teil von ihnen, nämlich denen, die in den bäuerlichen Betrieb eingegliedert sind, besser gehen als in England, weil dort noch zum Teil patriarchalische Zustände den Landarbeiter schützen. In den Gegenden des Großgrundbesitzes ist seine Lage sicherlich um vieles elender als in Großbritannien. Man lese nur die Darstellung des Landarbeiterlebens in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands in „den Einzeldarstellungen nach den Erhebungen des evangelisch-sozialen Kongresses", und man wird ebenso erschaudern wie bei der Lektüre des englischen Berichtes. Wie sollten denn auch die Verhältnisse bei uns besser sein, bei niedrigeren Löhnen, aber durch Nahrungsmittelzölle höheren Preisen, schwierigerer Abwanderungsmöglichkeit durch die weiteren Entfernungen zur Stadt, stärkerer Befangenheit des Arbeiters gegenüber seinen ökonomischen Interessen durch politische und sonstige Einschüchterung, vor allem aber angesichts des leider noch so wenig ausgeprägten Verständnisses aller beteiligten Kreise für die Hebung des Landarbeiterstandes? Es sieht fast so aus, als ob wir schon froh sein müßten, wenn wir eine Erhöhung der Kornzölle oder einen neuen Angriff auf die ländliche Freizügigkeit abgeschlagen haben! Und es scheint in der Tat, als ob die für diese Defensive aufgewendete Anspannung den Gedanken an die größeren, direkten und offensiven Vorstöße, die zur Heilung des Landarbeiterelends gemacht werden müßten, in den Hintergrund drängt. Wenn uns einmal ein Lloyd George entsteht, dann wird noch mehr gut zu machen sein als heute in England.

Der zweite Tag der Anleihedebatte.

Caillaux für die Einkommensteuer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA **Paris**, 28. November.

Die Kammer hat heute den ganzen Tag, vormittags und nachmittags, das Anleiheprojekt beraten und ist noch nicht zu Ende gekommen. In sehr stürmischen Debatten, vielen, zum Teil glänzenden Reden, gab es keine Klärung darüber, wie die Mehrheit der Kammer über das Finanzproblem denkt, und auf welchem Wege das Ministerium ihr Anleiheprojekt durchbringen will. Der Abgeordnete Lefèvre hielt eine Rede, die am Vormittag begann und am Nachmittag endete und die reich an Zwischenfällen war. Herr Lefèvre ist der Mann der Kompromisse. Immer, wenn ein Minister in Gefahr ist, pflegt er mit einer freundlichen Gebärde der Versöhnung herauszukommen, mit der Herr Lefèvre es allen recht machen und seine eigene wertvolle Persönlichkeit dem kommenden Ministerium empfehlen haben möchte. Der Kommissionsberichterstatter Noulens wies auf die Unterschiede hin, die die Regierung von der Kommission trennen. Die Kommission könne für die Anleihe, so wie die Regierung sie fordere, nur 900 Millionen bewilligen, die für die einmaligen Ausgaben verwendet werden sollten. Die 400 Millionen, die das Ministerium noch darüber hinaus fordere und durch die das marokkanische Unternehmen finanziert werden solle, müßten zurückgewiesen werden. Die Kommission, so sagt Herr Noulens und zeigt damit dem Ministerpräsidenten Barthou, wo ein Ausweg zu finden sei, würde der Regierung gern eine höhere Anleihe bewilligt haben, um die einmaligen Kosten der nationalen Verteidigung zu decken. Auch könne man vielleicht daran denken, kurzfristige Obligationen auszugeben. Herr Noulens weist aber darauf hin, daß die marokkanischen Auslagen durch die Ueberschüsse der beiden letzten Budgets gedeckt seien. Wenn man jetzt noch einmal 400 Millionen verlange, so geschehe das nur, um die Reservekonten aufzufüllen, und das sei ein nicht ganz einwandfreies Mittel. Dann hält Caillaux seine langerwartete Rede, die ein Beispiel klarer Disposition war und tiefen Eindruck auf die Kammer machte. Mit präzisen, messerscharfen Worten schilderte der frühere Ministerpräsident die bedenkliche Lage der französischen Finanzen, allerdings, ohne sich dabei zu erinnern, daß er ja selbst vor einigen Jahren Finanzminister war und also auch einen Teil der Verantwortlichkeit für die gegenwärtigen Schwierigkeiten trage. Caillaux meint, er würde die Anleihe der Regierung bewilligen, wenn er wüßte, daß ganz einwandfrei die Einkommensteuer damit verbunden sei. Er entwarf dann ein Bild von den stets anwachsenden Budgets. Alle Schleusen der Ausgaben seien geöffnet, und wenn Schleusen einmal offen stehen, sei es schwer, sie wieder zu schließen. Welches auch immer der Reichtum des Landes sei, es sei schwer anzunehmen, daß nicht Schwierigkeiten kommen könnten, denen mit der ernsthaftesten Aufmerksamkeit entgegengesehen werden müsse. Der Redner erinnerte endlich die Regierung an das Versprechen, das sie gegeben habe, die Einkommensteuer zu bringen. Die Steuern, die jetzt vorgeschlagen würden, belasteten in erster Linie den kleinen Handel, und das Land könne von den Armen keine neuen Ausgaben fordern, wenn nicht endlich dem Reichtum die Lasten auferlegt würden. Das Amortisationsprojekt, das die Regierung vorschlage, sei zu lang; nur in Zeiten großer Finanzkrisen dürfe man auf Mittel verfallen, wie die Regierung sie jetzt plane. Habe die Regierung daran gedacht, was man im nächsten Jahre tun werde? Wo habe man die Mittel, um das Gleichgewicht der nächsten Budgets herbeizuführen? Zum Schluß schlug Herr Caillaux eine Reihe von Mitteln vor, die als Ersatz des Anleiheprojekts den Finanzen aufhelfen sollen: innere Reformen und eine stärkere Kontrolle. Zum Schluß der Sitzung entwickelte sich eine sehr stürmische Geschäftsordnungsdebatte. Der Ministerpräsident wollte eine Nachtsitzung zur Beendigung der Debatte anberaumen, auf Vorschlag Jaurès' wurde jedoch nach größeren Tumulten die Fortsetzung der Sitzung auf morgen vormittag vertagt.